



Nazis: Wer betreibt die Hetze gegen Flüchtlinge?

Solidarität mit Flüchtlingen – so geht's!

Container, Turnhallen, Lager: Die gescheiterte Politik des Senats.

Jan, Schüler

»Ich will nicht, dass mehrere hundert Neonazis in dem Bezirk laufen, in dem ich groß geworden bin.«

Mohammed, Flüchtling & Aktivist

»Wir wollen Freiheit, Arbeit und das Recht überall hingehen zu können. Ich will mein Leben nicht mit diesen ganzen Problemen verbringen.«

Martina, Angestellte

»Ich mache PC-Kurse und zeige Geflüchteten, wo sie im Internet Informationen finden können.«

»Wir wollen Rassismus etwas entgegensetzen!«

Am Tagore-Gymnasium hat sich eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern gegründet, die sich für eine Willkommenskultur und gegen Rassismus engagiert. Wir haben mit Hanna (16) aus Hellersdorf und Jan (17) aus Mahlsdorf über ihre Ziele und Motive gesprochen.

WARUM HABT IHR DIE GRUPPE »SCHÜLER GEGEN RASSISMUS« GEGRÜNDET?

Jan: Wir hatten das Bedürfnis uns zu organisieren. Ich will nicht, dass mehrere hundert Neonazis in dem Bezirk marschieren, in dem ich groß geworden bin. Es ist schlimm mit anzusehen, wie sich die aktuelle Lage im Kiez entwickelt. Wir wollen uns damit beschäftigen und andere Leute aufklären. Dazu haben wir uns jeden Mittwoch zusammengesetzt und gemeinsam etwas auf die Beine gestellt.

Hanna: Mein Motiv mich an der Gruppe zu beteiligen, waren die gewalttätigen Vorfälle im Bezirk und ähnliche Attacken in anderen Ecken von Deutschland. Ich finde diese Wut und Angst gegenüber allem Fremden unerträglich. Daraus kam bei mir dann das Bedürfnis sich einzusetzen und sich unter jungen Leuten und im Freundes-

kreis zu vernetzen. Ich will auch andere Leute dazubringen sich einzusetzen.

WAS SIND EURE ZIELE?

Jan: Wir wollen dem Rassismus etwas entgegensetzen.

Hanna: Ich will viele Leute motivieren und ihr Interesse an dem Thema und an Politik wecken. Vorurteile müssen bekämpft werden.

WAS SIND DIE NÄCHSTEN SCHRITTE?

Hanna: Bald steht ein Vortrag an der Rudolf-Virchow-Oberschule an. Aus einem Politik und Wirtschaftskurs kam die Frage, ob sich jemand mit der aktuellen Nazi-Situation im Bezirk auskennt. Allgemein versuchen wir uns an der Schule mehr Gehör zu verschaffen und hoffen dadurch, dass sich mehr Schüler gegen Rassismus engagieren und beispielsweise an Gegenprotesten teilnehmen.



Die Schüler*innengruppe vom Tagore Gymnasium.

WIE SCHÄTZT IHR DIE AKTUELLE SITUATION EIN?

Jan: Kritisch. Ein bisschen bedrohlich.

Hanna: Ich selber habe keine Angst, also nicht im direkten Sinne. Aber es ist eine andere Art Angst. Wenn man so sieht wie sich der Hass gegen Flüchtlinge im Moment entwickelt, habe ich

große Angst um diejenigen, die hier bereits in den Sammelunterkünften leben und jene die im Sommer in das Containerlager einziehen.

WIE KANN MAN EUCH UNTERSTÜTZEN?

Hanna: Schön wäre es, wenn es mehr Lehrerinnen und Lehrer geben würde, die uns offen unterstützen. Bisher hält sich die Sympathie in Grenzen.

Jan: Es gibt hier ja schon viele Vereine, wie z.B. "Hellersdorf Hilft", die uns von Anfang an unterstützen. Dafür sind wir dankbar. Dadurch haben wir das Gefühl bekommen, nicht allein zu sein.

KANN MAN BEI EUCH MITMACHEN?

Jan: Wir sind offen für alle und freuen uns über jede Art der Unterstützung.

Kontakt zu „Schüler gegen Rassismus“:

E-Mail: sgr@lists.riseup.net

Facebook: [facebook.com/sgr.tagore](https://www.facebook.com/sgr.tagore)

Container, Turnhallen, Lager: Die gescheiterte Politik des Senats

Warum müssen Flüchtlinge in Turnhallen und Lagern leben? Weil der Senat bewusst den Notstand provoziert hat!

In allen Berliner Bezirken werden seit 2012 immer größere Massenunterkünfte für Asylsuchende eröffnet. Alte Schulen, Turnhallen und nun auch noch Fracht-Container werden zu Wohnraum umfunktioniert. Bett an Bett in der Turnhalle, oder im Mehrpersonen-Zimmer, Gemeinschafts-Toiletten und -Duschen, wenig Kontakt zu Anwohnern – wer will so zu Hunderten auf engstem Raum leben? Mittlerweile gibt es über 60 solcher Unterkünfte allein in Berlin und es sollen noch viele weitere folgen.

NOTSTAND GESCHAFFEN

Es herrscht Notstand, meint der Berliner Senat. Deshalb muss für diese Menschen gut genug sein, was für die meisten von uns undenkbar wäre. Solche Auffanglager kennen wir doch nur als kurzfristige Begleiterscheinung von Kriegen, von Naturkatastrophen und gesellschaftlichem Mangel. Aber hier? 15.000 Flüchtlinge überfordern angeblich eine Stadt, die letztes Jahr für über 40.000 neu Zugezogene aus Stuttgart, Leipzig, Brandenburg und den EU-Mitgliedsstaaten selbstverständlich Wohnraum zur Verfügung stellen konnte. Es sind keine Fälle bekannt

von schwäbischen Praktikanten, bayerischen Studenten oder italienischen Grafikdesignern, die hier in Turnhallen unterkommen mussten. Es gibt genügend Wohnraum, doch es fehlt der politische Wille. Beispielsweise sind letztes Jahr über 10.000 Wohnungen aus dem „Niedrigpreissegment“ in die Mittelklasse hochsaniert worden. Wer aktiv billigen Wohnraum beseitigt, sollte nicht von Notstand faseln!

Es wird in Kauf genommen, dass Flüchtlinge mehrere Monate, wenn nicht sogar Jahre, in diesen Massenunterkünften verbringen. Dabei hätten sie rechtlich in Berlin die Möglichkeit, bereits nach drei Monaten auszuziehen und eine Wohnung zu suchen. Auch hier hat der Senat versagt: billige Wohnungen sind knapp und an Flüchtlinge wird ungern vermietet. Der Senat hat sich aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen, hat sich nicht um die Deckelung der Mieten gekümmert und beklagt nun, dass es einen „angespannten Wohnungsmarkt“ gibt.

Mietpreislösung, Wohnungsneubau oder die Nutzung von Leerstand stehen schon lange auf der Agenda, werden aber nicht wirklich umgesetzt.

DAS „LAGER-BUSINESS“

Stattdessen wird viel Geld in Massenunterkünften und deren dubiose Betreiberfirmen gesteckt. Diese werden mit billigen Krediten, Investitionszuschlägen und Tagessätzen bis zu 30 Euro pro Bewohner belohnt. Anders als die Wohlfahrtsverbände (z.B. die AWO), besitzen sie meist Grundstücke mit bisher unverwertbaren Gebäuden, können diese mit eigenen Baufirmen schnell zu Notunterkünften herrichten und scheinbar mühelos betreiben. Durch die Reduzierung der Unterkunftsstandards und durch eine Unterversorgung mit qualifiziertem Personal können die privaten Betreiber deutliche Gewinne erzielen. Und das zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales nimmt seine Aufsichtspflicht nicht wahr.

BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE

Mit der Schaffung von sogenannten „Containerdörfern“ wurde im letzten Jahr die Unterbringungssituation weiter verschlechtert. Die Menschen werden dort bewusst isoliert.

Im Dezember wurde das erste Containerlager in Berlin-Köpenick trotz erheblicher Mängel bereits bezogen. Ende April kam das in Buch dazu. Und

in diesem Jahr sollen noch fünf weitere Containerlager entstehen. Der Senat will außerdem über 30 „modulare Gebäude“ mit unterschiedlichem Standard errichten. Auch sie sollen Massenunterkünfte für bis zu 250 Menschen werden.

Berlin will rund 50 Millionen Euro für die Container ausgeben. Dabei wäre die Unterbringung in normalen Wohnungen weitaus billiger. Dem Senat geht es offensichtlich um die Aufrechterhaltung eines Abschreckungssystems. Ganz nach dem Motto: „Wer sich wagt nach Berlin zu flüchten, kommt ins Lager.“ Zu dieser Denke gehört auch, dass den Menschen sowohl eine ausreichende medizinische Versorgung, als auch eine existenzsichernde finanzielle Grundlage verwehrt wird.

Diese Politik muss aufhören! Der Senat muss vorausschauend handeln und darf nicht weiterhin Menschen in Turnhallen oder Containern unterbringen. Das Recht der Geflüchteten auf Privatsphäre gilt es zu schützen. Dazu braucht es nicht nur ein Umdenken in der Asylpolitik, sondern auch eine Wohnungspolitik, die es allen Menschen ermöglicht, bezahlbaren und angemessenen Wohnraum zu finden.

Treffpunkt: Internetcafé

In Hellersdorf haben Asylsuchende ein selbstorganisiertes Internetcafé eröffnet. Die Initiative ist ein voller Erfolg.

Viele der heutigen Migranten fliehen vor Gewaltherrschaft. Viele die in Deutschland landen, sitzen jahrelang fest in weit abgelegenen Sammelunterkünften für Asylsuchende. Ihr Schicksal ist unter anderem geprägt von Rassismus, Einsamkeit, Diskriminierung und dem Fehlen einer konkreten Perspektive.

Eine Gruppe von Asylsuchenden hat ein selbstorganisiertes Internetcafé von Geflüchteten für Geflüchtete in Berlin-Hellersdorf gegründet. Damit ist eine Möglichkeit für Menschen entstanden ihre Isolation zu beenden indem das Tor zur digitalen Welt geöffnet wurde.

Elf Computer sind mit dem Internet verbunden und können jetzt zwölf Stunden täglich von mehr als 200 Geflüchteten in Hellersdorf genutzt werden.

ZUGANG ZU WISSEN

„Es handelt sich bei dem Ganzen um die Gleichstellung und Selbstermächtigung von Geflüchteten“, erklärt Eben Chu, Mitglied einer Gruppe, die sich „Refugees Emancipation“ nennt. Sie haben das Projekt entwickelt, um anderen Geflüchteten die Möglichkeit und Kraft zu geben, ihre Zukunft in ihre eigenen Hände zu nehmen, während sie auf die Bearbeitung ihres Asylantrags warten.

„Es geht nicht nur darum, Emails verschicken und empfangen zu können. Es geht darum die Hindernisse zu überwinden, die absichtlich gegen Geflüchtete aufgestellt werden. Es geht darum

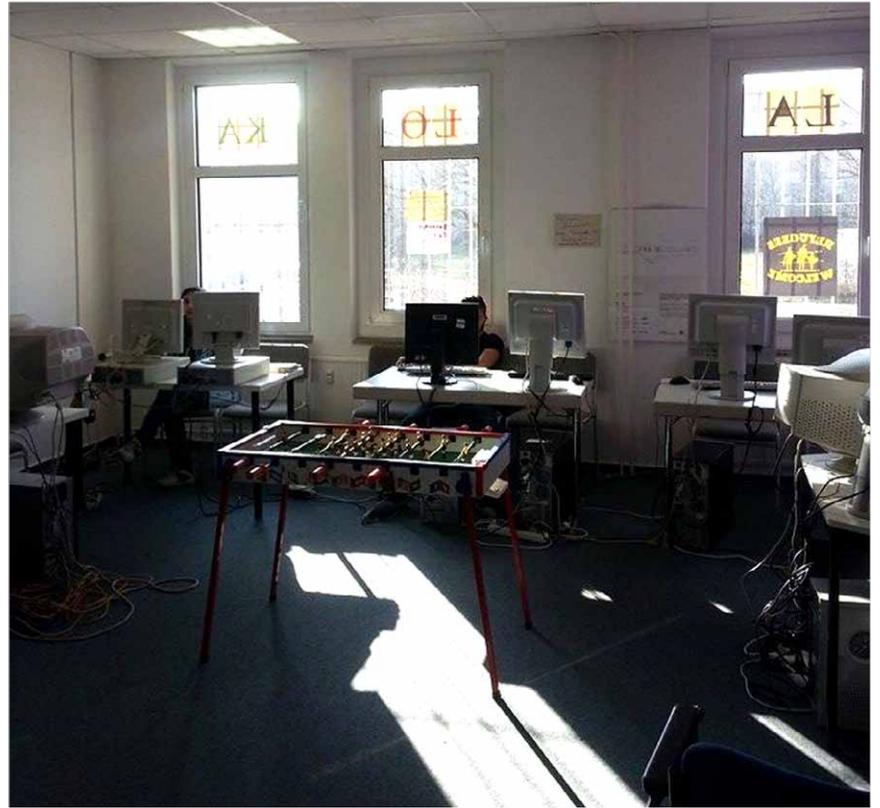
Geflüchteten einen Zugang zu Information und Wissen zu geben. Jetzt können sich Geflüchtete über ihre Rechte informieren. Jetzt können sie neue Fähigkeiten erwerben und die Fähigkeiten weiterentwickeln, die sie schon besitzen“, sagt Chu.

Das Internetcafé in Hellersdorf war sechs Monate lang in Planung. Die Initiative „LaLoKa“ hat ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Das „LaLoKa“ ist wegen der Präsenz vieler Studierender und zivilgesellschaftlicher Akteure, welche die Geflüchteten bereits in vielen Bereichen unterstützen, ein guter Ort für das Projekt. Auch die Lage ist optimal: es ist für Gäste aus Sammelunterkünften in und um Hellersdorf leicht zu erreichen. Das LaLoKa-Team unterstützt das Projekt auch finanziell, um die Kosten für das Internet zu decken.

TÄGLICH KOMMEN VIELE BESUCHER

Das Café füllt sich jeden Tag gleich nach der Öffnung. „Es ist einfach traumhaft“, sagt Shabazz, ein Geflüchteter aus Pakistan, der hinter einem der Monitore sitzt und eine Email an Freunde tippt. „Wir fühlen uns wie zu Hause, obwohl wir nicht zu Hause sind. Das macht uns glücklich.“

„Ich benutze es jeden Tag“, sagt Nannoor, ein weiterer Geflüchteter aus Pakistan. „Ich weiß jetzt erst, wie ich das Internet benutzen kann. Ich will mehr über Computer lernen.“



Die Computerplätze sind kostenlos nutzbar.

Neben den beiden sitzen Geflüchtete aus einem halben Dutzend anderer Länder. Sie verschicken Emails, lesen Online-Zeitungen aus Vietnam oder Iran oder entspannen bei einem Computerspiel.

Ein vertrautes Gesicht in dem Café ist eine Frau aus der Demokratischen Republik Kongo. Sie ist gerade in den Bezirk gezogen und obwohl sie nicht geflüchtet ist, fühlt sie sich in dem Café wohl und hilft kostenlos mit.

Martin, ein Asylsuchender aus Kamerun, will das Internetcafé für ein Fernstudium nutzen. Im Oktober hat er einen Studiengang an der berühmten französischen Universität Sorbonne aufgenommen. Er hat sich über das Internet bei CNED (Centre National d'enseignement à distance) eingeschrieben. Jeden Tag schickt er jetzt seinen Dozentinnen und Dozenten seine Seminararbeiten zu. Er spezialisiert sich auf Internetrecht und könnte ein qualifizierter Anwalt in Frankreich werden, bevor er endlich die Entscheidung über seinen Asylantrag in Deutschland bekommt.

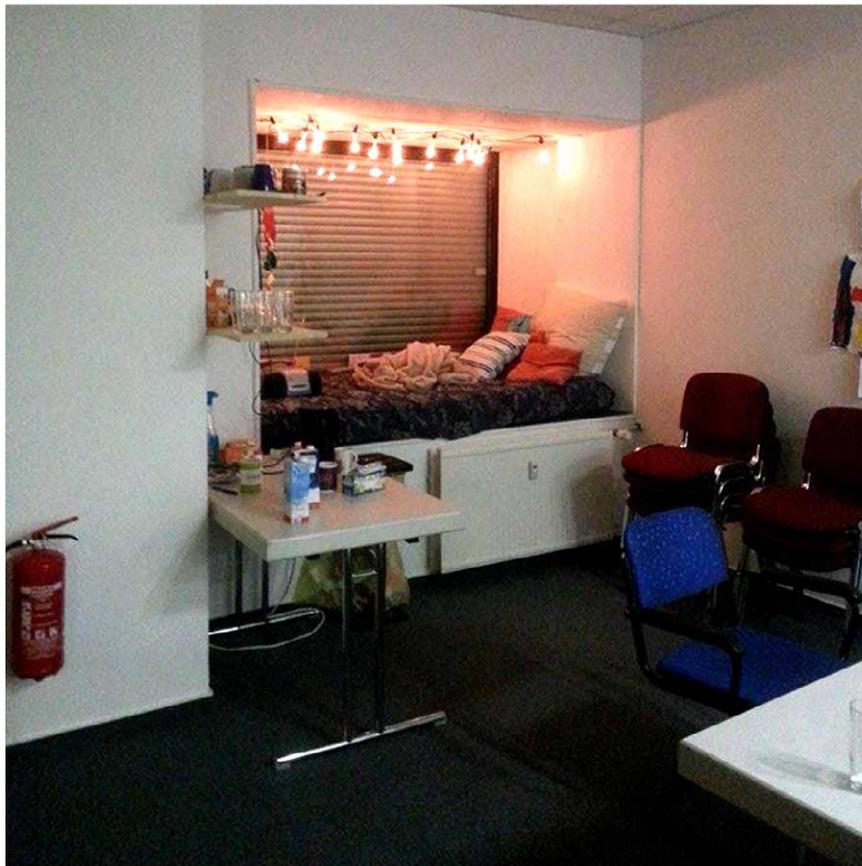
„Ich könnte nie mit meinen Universitätskursen mithalten, wenn es das Internetcafé in Hellersdorf nicht geben würde“, sagt er. „Ich habe nicht das Geld, um für den täglichen Internetzugang zu bezahlen“.

Seine Unterkunft liegt in Bestensee (Brandenburg). Das bedeutet, dass er täglich vier Stunden mit Bus, Zug und Straßenbahn fährt, um das kostenlose Internet im „LaLoka“ zu benutzen. Als

Gegenleistung hilft er als einer der Verantwortlichen im Internetcafé mit aus. „Ich mache einen Linux-Kurs für Neulinge und zeige Geflüchteten, wie sie über das Internet Zugang zu Informationen bekommen können“, sagt Martin.

„Internetcafés werden Orte sein, an denen Menschen lernen und studieren können“, verkündet Chu. „Das Café in Hellersdorf ist auch ein Modell für andere Unterkünfte in Berlin. Wir hoffen, dass andere Unterkünfte oder zivilgesellschaftliche Organisationen das Beispiel von „LaLoka“ und „Refugees Emancipation“ folgen werden.“ Zuerst wurden Internetcafés im Land Brandenburg gegründet und nun auch in Berlin.

Das Internetcafé ist auch ein Ort zum Treffen, Kaffee trinken und quatschen.



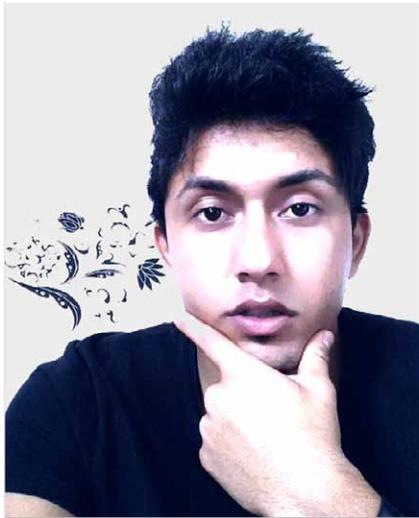
„Refugees Emancipation“ ist ein selbstorganisiertes Flüchtlingsprojekt. Für Internetzugang und Bildungsangebote in Flüchtlingsheimen werden regelmäßig gesucht:

- Freiwillige, die Computerkurse geben
- internetfähige Computer, Laptops & Monitore als Spenden sowie
- finanzielle Unterstützung für Internetkosten und Fahrtkosten für die Flüchtlinge.

Refugees Emancipation e.V.
Zum Jagenstein 1, 14478 Potsdam
info@refugeesemancipation.com
http://www.refugeesemancipation.com
Tel. 03312016927 / 017636266043

Jahre auf der Flucht

Bashir ist 18 Jahre alt und kommt aus Afghanistan. Er ist seit drei Jahren in Deutschland und mag Fußball und Fitness.



„Ich stelle mir vor wie es ist, wenn ich viele Jahre warte und dann abgeschoben werde.“

WARUM BIST DU GEFLÜCHTET?

Es gibt keine Sicherheit und keine Zukunft in Afghanistan. Ich konnte nicht zur Schule, sondern musste schon früh arbeiten gehen.

WIE BIST DU NACH DEUTSCHLAND GEKOMMEN?

Ich musste viel Geld bezahlen und wurde mit dem Auto durch die Berge in den Iran gebracht. Aber da kann man nicht bleiben. Man kriegt dort als Afghane keinen Aufenthalt. Dann habe ich wieder Geld bezahlt, um mit einem gefälschten Pass über die Türkei nach

Griechenland zu kommen. Da war ich knapp fünfzehn Jahre alt. In Istanbul wurde mir der Pass wieder abgenommen, damit ein Anderer ihn benutzen kann und auf einem kleinen Boot wurden wir nach Griechenland geschickt. Nachts hat man uns vor der Grenze alleine gelassen und wir trieben irgendwann an den Strand. Ich durfte dort legal einen Monat bleiben. Danach musste ich mich verstecken. Fünf Monate musste ich in Patras auf eine Gelegenheit warten um auf einem LKW nach Italien zu kommen. Nach Deutschland fuhr ich dann mit dem Zug.

WIE WAR ES IN DEUTSCHLAND NACH DEINER ANKUNFT?

Ich war drei Monate im Heim in Berlin, bis ich in eine WG mit einem anderen Jugendlichen kam. Ich hatte eine Betreuerin für die ersten zwei Jahre, die mir mit dem Jugendamt und der Schule geholfen hat. Dann, als ich 18 war, sagte das Jugendamt, ich solle ins „Produktive Lernen“ gehen, statt in eine normale Klasse. Aber ich will hier einen Abschluss machen und gehe weiter ganz normal zur Schule. Deswegen helfen sie mir nicht mehr. Ich musste auch die WG verlassen. Ich musste in einem Hostel wohnen, zusammen mit drei Obdachlosen in einem Zimmer, die immer besoffen waren. Jetzt habe ich mit Unterstützung über die Kampagne „Flüchtlinge Willkommen“ selbst ein Zimmer in einer WG gefunden.

WIE IST DEIN STATUS HIER IN DEUTSCHLAND?

Ich habe eine Duldung. Nach zwei Jahren lief die aus und ich habe auf Aufenthalt gehofft, aber jetzt habe ich wieder eine Duldung. Ich kann nicht zurück. Meine Geschwister sind im Iran und wir haben unser Haus in Afghanistan verkauft, um meine Flucht zu bezahlen. Dort ist Krieg. Meine Eltern leben nicht mehr. Wo soll ich dann hin? Außerdem kann ich mit einer Duldung vieles nicht machen. Ich kann kein Konto eröffnen und ohne Konto keinen Vertrag abschließen, auch nicht für eine Wohnung oder sogar für das Fitnessstudio. Ich hätte wegen der Residenzpflicht fast nicht mit auf Abschlussfahrt nach Barcelona gedurft.

WAS WAR DEINE SCHLIMMSTE ZEIT HIER IN DEUTSCHLAND?

Warten auf den Aufenthalt. Ich warte immer auf Aufenthalt. In der Schule und überall denke ich daran und ich habe keinen Kopf frei für den Unterricht, die Hausaufgaben, das Lernen. Ich stell mir vor wie es ist, wenn ich viele Jahre warte und dann abgeschoben werde. Mein Anwalt sagt, man könne nix machen, ich solle Geduld haben. Am Anfang im Heim sind mir alle Haare ausgefallen. Erst nach vier Monaten konnte ich zum Arzt. Es war nichts Medizinisches, sondern der Stress.

IMPRESSUM

MarzahnAktuell ist ein gemeinsames Projekt von einem antifaschistischen Kollektiv verschiedener Menschen aus Berlin Marzahn-Hellersdorf.

Herausgeber
Berliner VVN-BdA e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Chefredaktion (V.i.S.d.P.)
Markus Tervooren

Bildredaktion
Presseservice_mh

Kontakt
akm@riseup.net

Gestaltung & Satz
Florian Hirsch Projektarbeit

Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Auflage: 37.500 Exemplare

MarzahnAktuell dient ausschließlich Bildungs- und Informationszwecken. Die Informationen wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Für den Inhalt der Texte sind ausschließlich die Autor_innen selbst verantwortlich. In den Texten geäußerte Positionen stimmen nicht notwendigerweise mit denen des Herausgebers überein. Die Bildrechte liegen bei den Fotograf_innen. Die Verteilerinnen sind nicht identisch mit den Urheber_innen der Zeitung.

WAS MUSS ICH UNBEDINGT ÄNDERN FÜR GEFLÜCHTETE?

Die Unterbringung muss sich ändern. Ich war in einer Sporthalle in Berlin, da leben Familien dicht an dicht. Das geht nicht. Sie kommen traumatisiert hier her und leben auf engstem Raum. Jeder braucht Privatsphäre, aber nur Jugendliche bekommen dafür Unterstützung, und das auch nicht immer. Und die Duldung ist schlimm. Ich habe Leute gesehen, die werden verrückt von der Wartezeit.

Wer ist hier rassistisch?

Hast du bereits Rassismus erlebt? Warst du selbst schonmal rassistisch? Kannst du dir sicher sein bei einem Vorstellungsgespräch nur auf Grund deiner Erfahrung und nicht deiner Hautfarbe bewertet zu werden? Kannst du dir sicher sein, in Film und Fernsehen viele Menschen zu sehen, die eine ähnliche Hautfarbe haben wie du? Kannst du dich auf dem Nachhauseweg sicher fühlen vor rassistischen Pöbeleien oder Angriffen?

Man könnte annehmen Rassismus sei nur ein Problem bei Neonazis. Dabei ist rassistisches Gedankengut in Deutschland stark verbreitet und zwar auf allen Ebenen der Gesellschaft. Die meisten Menschen denken oder handeln immer wieder rassistisch. Dabei werden Menschen aufgrund von Hautfarbe, Herkunft oder Religion als anders oder fremd wahrgenommen und daraufhin abgewertet und diskriminiert. Rassistische Diskriminierung drückt sich sehr vielseitig aus. Beispielsweise wird der Zugang zum Arbeitsmarkt oder zum Wohnungsmarkt erschwert. Oftmals wird die Ungleichbehandlung mit sogenannten „Ängsten“ schein legi-

timiert. Dabei sind nicht nur offen negative Reaktionen rassistisch – bereits die Behauptung, dass es Unterschiede zwischen Menschen aufgrund von Aussehen gäbe, ist rassistisch und muss konsequent zurückgewiesen werden.

Man muss die Geschichte betrachten, um zu verstehen, welche Entwicklungen zu einer Verbreitung von rassistischem Wissen und der systematischen Diskriminierung von bestimmten Gruppen geführt hat. Rassismus gegen Schwarze ist nicht ohne die Geschichte des Kolonialismus zu verstehen, Antisemitismus oder Rassismus gegen Sinti und Roma nicht ohne die Geschichte des Holocaust. Durch diese Geschichte sind

rassistische Vorurteile weit verbreitet und führen dazu, dass Menschen heutzutage weiterhin gesellschaftliche Diskriminierung aufgrund von Rassismus erleben müssen. Betroffen sind Schwarze, Muslime, Sinti und Roma und andere Menschen, denen unterstellt wird, sie würden nicht deutsch sein. Immer wieder werden sie von Weißen gefragt wo sie herkommen und es werden Witze über ihr angebliches Temperament gemacht. Sie werden viel häufiger von der Polizei angehalten und kontrolliert. Ihnen wird von Haus aus Kriminalität unterstellt ...

Durch rassistische Diskriminierung können sich Weiße Menschen als normal darstellen, Privilegien sichern

und Ausbeutung rechtfertigen. Das passiert national aber auch international z.B. in der ökonomischen Ausbeutung von Arbeitern in anderen Ländern. Es ist dringend nötig, dass sich alle Menschen mit ihren rassistischen Vorurteilen auseinandersetzen und rassistische Diskriminierung erkennen und nicht mehr abstreiten oder hinter Wörtern wie Fremdenangst verstecken. Vor allem Weiße, die nicht von Rassismus betroffen sind, sondern Rassismus, bewusst oder unbewusst ausüben, sollten sich mit dem Thema beschäftigen.

Zum Weiterlesen:
<http://www.deutschlandschwarzweiss.de>

Flucht, Migration & Bewegungsfreiheit

Menschen mit einem europäischen Pass können sich frei innerhalb Europas bewegen und sich dort eine Arbeit und eine Wohnung suchen, wo sie wollen. Sie können auch ohne größere Schwierigkeiten Aufenthaltsgenehmigungen in aller Welt beantragen. Das Recht, sich frei bewegen zu können, ist für die meisten hierzulande eine Selbstverständlichkeit. Warum eigentlich?

Foto: Libertinus



Flüchtlinge treten auf einer Demonstration in Berlin für ihre Rechte ein.

Was haben Menschen aus Europa getan, um diese Freiheiten und Rechte zu erlangen? Warum können Menschen, die Angst um ihr Leben haben, nicht auf legalem Weg in ein anderes Land reisen und dort ohne Angst leben? Wer entscheidet, welche Gründe für Flucht und Migration legitim sind und welche nicht? Warum können Menschen, die keine Angst um das eigene Leben haben müssen, ohne Probleme diese Orte verlassen?

VERSCHIEDENE LEBENSLAGEN, UNTERSCHIEDLICHE BEWEGGRÜNDE

Menschen mit europäischen Pässen können in ein anderes Land ziehen, um ein Geschäft aufzumachen oder um von gespartem Geld eine Weile herumzureisen. Weil ihnen das Leben am vertrauten Ort langweilig geworden ist, sie Lust auf ein anderes Leben haben oder einfach, weil sie es können.

Viele Menschen verlassen ihr Heimatland, ihre Familie und ihren Freundeskreis, ihr ganzes bisheriges Leben, weil sie dort keine Zukunft mehr sehen. Sie fliehen nicht aus Spaß und Abenteuerlust, sondern weil sie müssen.

EUROPA: ERSCHWERTE EINREISE FÜR GEFLÜCHTETE

Die meisten Geflüchteten können nicht bequem ein Visum bei der Botschaft beantragen, sich danach ins Flugzeug setzen und bspw. nach Deutschland kommen. Sie müssen andere gefährliche

Wege auf sich nehmen. Sie müssen in zu kleinen Booten über das Meer fliehen, zu Fuß gehen oder sich in LKWs verstecken, um überhaupt eine Chance zu bekommen, ihren Asylantrag rechtmäßig zu stellen. Denn ein Asylantrag kann nicht aus dem Herkunftsland gestellt werden, sondern erst nachdem man europäischen Boden betreten hat.

Zwar sollen politisch Verfolgte in Deutschland oder anderen europäischen Ländern Asyl „genießen“, jedoch macht es die EU ihnen so schwer wie möglich hier her zu kommen. Die Grenzen der EU werden nach außen abgeschottet und die legale Einreise nach Europa wird somit schwer bis unmöglich gestaltet. Das Recht auf Asyl wird so faktisch außer Kraft gesetzt.

Schaffen es dann doch Personen einen Asylantrag zu stellen, wird in einem kleinen Büro entschieden ob ihr Schicksal ein legitimer Grund für die zurückgelegte lebensgefährliche Reise ist oder nicht.

WARUM FLIEHEN MENSCHEN?

Es gibt viele Fluchtgründe. Menschen fliehen vor Kriegen und Konflikten. Vor Kriegen, in denen nicht selten Waffen aus Deutschland benutzt werden. Deutschland ist also mitverantwortlich für die Lebenslagen der Geflüchteten, die hier herkommen.

Menschen fliehen auch vor Verfolgung aufgrund von politischen Einstellungen, oder weil ihre sexuelle Orientierung

als „unnormale“ kriminalisiert wird, oder weil sie als Minderheit in ihrem Land bedroht sind.

Uns Deutschen fällt die Vorstellung vielleicht schwer, sein Land allein deshalb verlassen zu müssen, weil man eine bestimmte Partei gewählt hat und deshalb Lebensgefahr besteht. Aber für viele andere Menschen ist das Realität.

Menschen fliehen, weil sie sich in ihrer Existenz bedroht fühlen und weil sie Menschenrechtsverletzungen erleiden. Niemand wacht eines Tages auf und entscheidet sich dafür, das bisherige Leben zu verlassen und hunderte, vielleicht tausende von Kilometern zu Fuß zurückzulegen. Nicht ohne dafür sehr gute Gründe zu haben. Menschen fliehen nicht, um ein Leben wie im „Schlaraffenland“ zu führen, sondern um ihre Existenz zu sichern.

„SICHERE“ HERKUNFTSSTAATEN? NICHT FÜR ALLE

Nicht alle Menschen, die fliehen, legen so einen weiten Weg zurück. Roma und Sinti leben in ganz Europa und sind überall Diskriminierung ausgesetzt. Viele versuchen dorthin zu fliehen, wo sie trotz Diskriminierung und Vorurteilen eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben sehen. Für Roma aus den Balkanstaaten ist die Flucht nach Europa seit kurzem erheblich erschwert worden. Denn unter anderem gilt Serbien jetzt als „sicherer Herkunftsstaat“. Das bedeutet, dass

Asylverfahren in der Regel nicht fair verhandelt werden, weil der Antrag generell als unbegründet angesehen wird. Für Roma ist Serbien aber keineswegs ein sicherer Ort.

In allen Balkanstaaten erfahren sie Unterdrückung und Diskriminierung. Ihnen wird der Zugang zu Wohnungen, Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung verwehrt. 30% der Roma in Serbien haben nicht einmal Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ihre Kinder haben laut UNICEF um ein drittel geringere Chancen, das erste Lebensjahr zu erreichen. Das derzeitige Vorgehen der Ausländerbehörden, Menschen aus Serbien automatisch als „unbegründet“ abzulehnen, ist deshalb inhuman. Alle Menschen sollten Anrecht auf ein faires Asylverfahren haben. Die Aushöhlung dieses Rechts spiegelt nicht die Realität in den Herkunftsländern wieder.

SOLANGE DAS ASYLVERFAHREN LÄUFT ...

Auch wenn Flüchtlinge Chancen auf ein ordentliches Asylverfahren haben, wird ihnen gezeigt, dass sie hier nicht willkommen sind. Sie sind gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in Sammelunterkünften zu leben. Sie können nicht entscheiden, wo, wie und mit wem sie leben möchten. Teilweise können sie nicht einmal entscheiden, wo und was sie einkaufen. Die isolierte Unterbringung von Geflüchteten in Sammelunterkünften erschwert die Begegnung von Geflüchteten und anderen Anwohnern. Die Berichterstattung verstärkt teilweise die ohnehin schon in der Gesellschaft vorhandenen rassistischen Vorurteile. Sich in diesem Klima willkommen zu fühlen ist nahezu unmöglich.

MENSCHENWÜRDE DARF NICHT RELATIVIERT WERDEN

Menschenrechte müssen überall auf der Welt und für jeden einzelnen Menschen gelten. Die Realisierung von Menschenrechten darf nicht davon abhängig gemacht werden, wo eine Person geboren wurde und wo sie aufgewachsen ist. Niemand sucht sich aus, wo man zur Welt kommt. Es sollte aber das Recht jedes einzelnen Menschen sein, ohne Angst ein menschenwürdiges Leben zu führen. Und wenn dafür die Flucht in ein anderes Land notwendig ist, darf diese nicht relativiert werden. Die Umgangsweise Deutschlands mit Geflüchteten ist menschenunwürdig. Es ist an der Zeit, dass Asylsuchenden ohne Misstrauen begegnet wird und ihre Fluchtgründe oder ihre Gründe zur Migration anerkannt werden!

Die Köpfe hinter der „Bürgerbewegung Marzahn“

Seit Mitte 2013 wurde zumeist im Internet gegen die geplante Notunterkunft in Hellersdorf Stimmung gemacht. Seit Ende letzten Jahres tragen vermeintlich „besorgte Anwohner“ ihren Unmut auf die Straße. Aber wer organisiert diese wöchentlichen Demos und was wollen sie?

Als am 21. Oktober 2014 bekannt wurde, dass in Marzahn auch eine Notunterkunft entstehen soll, gründeten sich prompt zwei „Bürgerinitiativen“. Zum einen die „Bürgerinitiative Schönagelstraße“, von Anwohnern der gleichnamigen Straße. Zum anderen die „Bürgerbewegung Marzahn“, die identisch im Auftreten und Aussehen mit der Hellersdorfer „Bürgerbewegung“ war. Es war von Anfang an klar, dass hinter der „Bürgerbewegung Marzahn“ (BBM) die gleichen Personen stecken, die auch schon 2013 in Hellersdorf gegen Flüchtlinge mobil machten.



R. Uttke

rechter Parteien wie „NPD“ und „Die Rechte“ und versammelten sich an der Kreuzung Landsberger Allee Ecke Blumberger Damm. Der Vorsitzende von „Die Rechte“ meldete dann auch spontan die Demo an. Der Landesvorsitzende der NPD, Sebastian Schmidtke, trat als Redner auf. Spätestens jetzt war klar, dass die „Bürgerbewegungen“ nur als Deckmantel fungieren sollen.

Die darauf folgenden Montage stellten dann weiterhin bekannte Neonazis die Ordner für die Demos, darunter Daniela Fröhlich und Gesine Hennrich, die seit mehreren Jahren in der Naziszene bekannt sind. Auch aus Brandenburg reisten Neonazis Montag für Montag nach Marzahn, um

bei den Demos dabei sein zu können. Aber auch viele Leute aus Marzahn und Hellersdorf hatten anscheinend kein Problem damit, an NPD-Demos teilzunehmen und Schulter an Schulter mit Neonazis zu demonstrieren. Mitunter kamen bis zu 800 zu diesen Aufmärschen. Dabei waren die Demos betont aggressiv und teilweise kam es zu Handgreiflichkeiten. Mehrfach wurden Leute am Rand angegriffen. Auch Pressevertreter konnten sich nicht unbehelligt dieser gefährlichen Masse nähern. Erst als Zeitungen vom „Hass-Marsch durch Marzahn“ schrieben, ließ die Beteiligung nach.

den Anmelder René Uttke auf den Kern zusammengeschrumpft. Offensichtliche Neonazis wie Patrick Krüger, der neonazistische Symbole auf den Kopf tätowiert hat, sind geblieben. Junge Leute, die sich zu den neonazis-



P. Krüger

tischen „Freien Kräften“, wie sie sich selbst nennen, zuordnen lassen. Oder ältere Neonazis, die in den 90er Jahren wegen Körperverletzungen und Verwenden von Nazisymbolen verurteilt wurden, dominieren jetzt die wöchentlichen Demos.

Egal ab 1.000 oder 50, diese Demos gegen Flüchtlinge müssen aufhören. Sie stellen eine Gefahr für alle dar, die nicht die Meinung der Nazis vertreten.



D. Fröhlich

Einem Aufruf dieser Initiativen folgten am 3. November 2014 viele bekannte Neonazis und führende Personen



G. Schrader

Heute, Monate nach den ersten Demos, sind die Organisatoren um

Von Worten zu Taten

Die Hetze gegen Asylsuchende führt immer häufiger zu gewalttätigen Angriffen und Brandanschlägen.

Die Zahl der Anschläge und Angriffe auf Asylunterkünfte hat sich im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht. Die Behörden dokumentierten 150 Angriffe auf Unterkünfte. Im Jahr 2013 waren es „nur“ 58 Vorfälle.

Anfang der 1990er Jahre wurden in Hoyerswerda, Solingen, Mölln und in weiteren deutschen Städten Asylunterkünfte angegriffen, während die Anwohner teilweise dabei standen und applaudierten. Die heutigen Verhältnisse sind zwar andere, die rassistische Gewalt nimmt jedoch wieder erschreckend zu. Es finden immer wieder Bürgerversammlungen statt, auf denen diskutiert wird, wie man die Asylsuchenden aus dem Dorf jagen kann. Es gibt einen drastischen Anstieg an tätlichen rassistischen Angriffen auf der Straße.

Im letzten Jahr wurden über 250 rassistische Kundgebungen gezählt. Marzahn-Hellersdorf taucht in dieser Chronik mit acht rassistischen Demonstrationen auf.

Einige aktuellere Beispiele: Am 12. April wurde an einer Marzahner Grundschule Flyer verteilt, die laut der Polizei volksverhetzende Inhalte hatten. Außerdem wurde eine Strohfigur an einen Basketballkorb aufgehängt. Diese Vorgehensweise erinnert an das Auftreten des KuKluxKlans. Wir wollen nicht, dass in Marzahn-Hellersdorf Flüchtlingsunterkünfte brennen, wie im April in Tröglitz (Sachsen-Anhalt).

Der Aufschrei vieler angesichts dieser Gewalt ist scheinheilig, wenn die Gründe nicht angesprochen werden. Die Medienberichte über eine angebliche „Asyllawine“ sind Teil einer öffentlichen Stimmungsmache gegen Asylsuchende,

die Attacken befördern. Die Spaltung in gute und schlechte Asylsuchende, und die Rede von „Wirtschaftsflüchtlings“ oder „Sozialtouristen“ ist fester Bestandteil rassistischer Hetze. Sowohl PEGIDA oder die Bürgerbewegung Marzahn werden nicht müde zu betonen, dass sie nichts gegen „Bürgerkriegsflüchtlinge“ hätten. Darauf folgt das große „Aber“. Immer die gleichen Ausreden können nicht verdecken, was hinter diesen Aussagen steckt: „man will die einfach nicht hier haben...“.

Die Ursache von Hass und Gewalt aber allein bei PEGIDA oder den Bürgerbewegungen zu suchen, greift zu kurz. Die jahrelange Verunglimpfung von Asylsuchenden durch Politiker und die Panikmache vor hohen Asylbewerberzahlen sorgen für ein Klima das rassistische Hetze und Gewalt erst ermöglicht.

Registerstelle für rassistische Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf

Registerstellen dokumentieren rassistische und andere diskriminierende Vorfälle in den Berliner Bezirken. Ziel der Register ist es alltägliche Diskriminierung sichtbar zu machen. Das können extrem rechte Aufkleber sein, ein rassistischer Spruch an der Supermarktkasse oder Einschüchterungen auf der Straße. Ziel ist es aufzudecken wie sich im Alltag Rassismus bemerkbar macht. Solche Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf können bei der antirassistischen Registerstelle der Alice-Salomon-Hochschule gemeldet werden – auch anonym. antirassistischesregister@ash-berlin.eu oder per Post an die ASH Berlin

Die Strategie der Bürgerbewegung

Auf der neuen Homepage der Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf offenbaren die „besorgten Bürger“ ihre rechten Argumentationen.



Auswechselbare Argumentation: Rassistische Proteste am 22. November 2014.

Im Internet offenbart die „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ ihr Gedankengut allzu deutlich. Sie wollen zwar als „besorgte Bürger“ wahrgenommen werden. Doch diese Leute haben keine Angst – sie sind aggressiv, rassistisch und vertreten knallharte Ideologie. Auf ihrer Seite sind antisemitische und rassistische Musikvideos zu finden, sowie eine Auflistung der Adressen von Berlins Asylunterkünften. Letztere um andere Neonazis aufzufordern gegen Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft mobil zu machen.

In Umfragen wie „Was stört Euch am stärksten an der aktuellen politischen Lage in Marzahn-Hellersdorf?“ oder „Warum gehst du auf die Straße?“ wird versucht, Asylsuchende als Sündenböcke für gesamtgesellschaftliche Probleme darzustellen. Sie sollen für die marode Infrastruktur des Bezirks oder fehlende Mittel in der Jugendarbeit verantwortlich gemacht werden.

In diesem Kontext wird dann auch mal von Baumfällungen, kaputten Straßen oder Ähnlichem berichtet. Auf den ersten Blick hat das zwar nichts mit Flüchtlingen zu tun, soll aber ins Verhältnis gesetzt werden. Nach dem Motto: „Wir haben hier schon genug Probleme, warum auch noch Flüchtlinge“.

SIE LAUFEN NOCH IMMER: DIE MONTAGSDEMONSTRATIONEN

Darüber hinaus wird immer noch versucht, die weiterhin stattfindenden Montagsdemonstrationen als „erfolgreich“ darzustellen. Dabei geht die Zahl der Demonstrierenden stetig zurück. Auf der Seite ist auch ein Verhaltenskodex für die Montagsdemonstrationen zu finden. Verboten ist u.a. das Trinken von Alkohol und das Sprechen mit Journalisten. Dieser Aufruf hat letztlich dazu geführt, dass Journalisten aus den Demos heraus angegriffen wurden.

Die Arbeit der „Bürgerinitiativen“ in der digitalen Welt ist genauso gefährlich wie ihre Flyer und Demos. Denn im Netz wird gehetzt, vernetzt und organisiert. Ohne das Internet gäbe es die Montagsdemos nicht. Deshalb ist es wichtig ihnen auch in den sozialen Netzwerken entgegenzutreten.

Wo kann ich rechte Internetseiten melden?

Beobachtungsstellen:

www.jugendschutz.net/hotline/
www.nazis-im-internet.de.

In eindeutig strafbaren Fällen:

www.berlin.de/sen/justiz/strafverfolgung/sta/

Was tun bei Übergriffen auf Andere?

1) Vorbereitet sein

Überlegen Sie sich eine Situation, in der ein Mensch belästigt, bedroht oder angegriffen wird. Überlegen Sie, was Sie in einer solchen Situation fühlen, was sie von anderen erwarten und was Sie tun würden.

2) Ruhig bleiben

3) Genau beobachten

Die Angreifenden haben Angst wiedererkannt zu werden. Deshalb kann bereits das bloße Beobachten einer Situation für diese abschreckend sein. Merken Sie sich das Gesicht und die Kleidung der Angreifenden und ggf. die Fluchtrichtung.

4) Sofort reagieren

Reagieren Sie immer sofort, erwarten Sie nicht, dass jemand anderes hilft. Je länger Sie zögern, desto schwieriger wird es einzugreifen.

5) Aufmerksamkeit erzeugen

Gehen Sie auf andere umstehende Personen zu und fordern Sie diese auf, Ihnen zu helfen. Sprechen Sie umstehende Personen direkt und persönlich an: „Sie im grünen Pullover, können Sie bitte das Zugpersonal rufen?“.

6) Hilfe holen

In Verkehrsmitteln sagen Sie der Zugbegleitung bescheid oder ziehen Sie die Notbremse. Auf der Straße: Schreien Sie laut!

7) Zur angegriffenen Person halten

Nehmen Sie Blickkontakt mit der betroffenen Person auf. Das vermindert Angst. Sprechen Sie die Person direkt an: „Ich helfe Ihnen!“.

8) Keine Gewalt anwenden

Keine Heldentaten und begeben Sie sich nicht unnötig in Gefahr. Setzen Sie keine Waffen ein, diese führen häufig zur Eskalation. Fassen Sie die Angreifenden niemals an, sie können dann schnell aggressiv werden.

9) Angreifer-innen nicht provozieren

Duzen Sie die Angreifenden nicht, damit andere nicht denken, Sie würden sich kennen. Blicken Sie den Angreifenden fest ins Gesicht, aber nicht provozierend. Damit machen Sie klar, dass Sie sie später wieder erkennen können. Kritisieren Sie das Verhalten der Angreifenden, nicht aber ihre Person.

10) Sich um den/die Betroffene-n kümmern

Kümmern Sie sich um die betroffene Person, während Sie auf die Polizei warten. Leisten Sie Erste Hilfe oder seelischen Beistand. Stellen Sie sich als Zeuge zur Verfügung. Melden Sie den Vorfall Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt wie ReachOut in Berlin. ReachOut Berlin bietet Betroffenen und Zeugen rechter Gewalt Beratung und Unterstützung. Die Beratung ist kostenlos und auf Wunsch anonym und setzt keine Anzeigenerstattung bei der Polizei voraus. Die Beratung vor Ort orientiert sich an den Bedürfnissen der Betroffenen und helfen bei Bedarf weiter oder vermitteln an geeignete Stellen. www.reachoutberlin.de

Jugendangebote im Bezirk

Angeblich werden Gelder im Bereich der Jugendarbeit gestrichen, um sie für Asylsuchende zu „verpulvern“. Das ist aber nicht nur falsch, sondern auch plumpe Hetze gegen Menschen, die sich dagegen nicht wehren können. Hier eine kleine Auswahl der Jugendangebote im Bezirk. Weitere finden sich unter www.jugendkultur-aufbruch.de

DIE ANNA LANDSBERGER

PrötzelerRing 13
www.roter-baum-berlin.de

DIE KLINKE

Bruno-Baum-Straße 56,
S-Bahnhof Poelchaustraße
www.klub-dieklinke.de

EASTEND

Tangermünderstraße 127,
U-Bhf Hellersdorf
www.eastend-berlin.com

LA CASA

Wurzener Straße 6-8,
U-Bhf Louis-Lewin-Straße
www.suburbanhell.org/la.casa

Termine

WILLKOMMEN IN MARZAHN

Seit Juli trifft sich das Netzwerk „Willkommen in Marzahn“ regelmäßig, um über Hilfsangebote für Flüchtlinge zu beraten. Ihr wollt helfen? Dann meldet euch!

E-Mail:
willkommen.in.marzahn@gmx.de
Blog:
willkommeninmarzahn.wordpress.com
Facebook:
fb.com/willkommen.in.marzahn
Twitter:
www.twitter.com/willkommen_mahe

RAND.GESTALTEN FESTIVAL

15.08. – 14 Uhr – LaCasa

Auf dem Gelände des alternativen Jugendclubs „LaCasa“ findet ein Umsonst und Draussen Festival statt. Neben dem musikalischen Programm, gibt es Essen, Kids-Ecke und vieles mehr.

Blog:
randgestalten.blogspot.de

SCHÖNER LEBEN OHNE NAZIS

05.09. – 14 Uhr – Alice-Salomon-Platz

Wie jedes Jahr organisieren Vereine, Ämter, Institutionen, Kirchen und viele mehr ein Fest und wollen damit ein Zeichen gegen Rassismus, Homophobie und Nationalismus setzen.

Facebook:
facebook.com/slon.mh

Aktiv werden – so geht's

Sie wollen helfen eine positive Willkommenskultur in Marzahn zu schaffen? Den Asylsuchenden in der Unterkunft konkret Unterstützung anzubieten ist eine Möglichkeit. Ebenso wichtig ist es aber auch, „Nein“ zu sagen, wenn mal wieder rassistische Sprüche fallen – sich einzumischen und Gesicht zu zeigen. Machen Sie auch Anderen klar, dass Rassismus und nazistisches Gedankengut in einer solidarischen Gesellschaft keinen Platz haben.

VERNETZEN!

Es ist wichtig sich mit verschiedenen Vereinen und Einrichtungen im Bezirk zu vernetzen und sich kompetente Unterstützung vom Flüchtlingsrat und bestehenden antirassistischen Initiativen zu holen. Gemeinsam lassen sich wirkungsvolle Kampagnen und Aktionen planen.

INFORMIEREN & AUFKLÄREN!

In Gesprächen mit Nachbarn werden verschiedene Ansichten in Bezug auf die neue Unterkunft für Asylsuchende ausgetauscht. Vielen fehlt es an konkreten Informationen und Argumenten – das lässt sich ändern. PRO ASYL und die Amadeu Antonio Stiftung haben drei Publikationen herausgegeben, die die gängigsten Vorurteile und rechten Argumentationen behandeln und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

„Pro Menschenrechte. Contra Vorurteile.“ listet Fakten und Argumente zur Debatte über Geflüchtete auf.

„Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge“ zeigt, wie rechte Hetze funktioniert und wie man ihr etwas entgegensetzen kann.

„Flüchtlinge Willkommen heißen“ skizziert, wie Willkommenskultur gemeinsam gestaltet werden kann.

Alle drei Publikationen und weitere Informationen gibt es unter:
www.amadeu-antonio-stiftung.de oder
www.proasyl.de

PRAKTISCH UNTERSTÜTZEN!

Den Geflüchteten Unterstützung anbieten, fragen was erwünscht ist. Aber auch Verständnis haben, wenn die Personen nicht für alle Vorschläge offen oder nicht interessiert sind. Wichtig ist auch die Privatsphäre der Menschen zu beachten.

INITIATIVEN GEGEN RASSISMUS

REACHOUT

Beratung für Opfer rassistischer Gewalt
www.reachoutberlin.de

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

Netzwerk für die Rechte von Flüchtlingen
www.fluechtlingsrat-berlin.de

HELLERSDORF HILFT

Lokales Hilfsnetzwerk für Geflüchtete
www.hellersdorfhilft.wordpress.com

LA CASA

Alternatives Jugendprojekt
www.suurbanhell.org/la.casa